

ge. Die Augsburger Staatsanwälte beharrten auf veterinärmedizinischen Bescheinigungen.

Da erinnerten sich die Beschuldigten plötzlich, im Ursprungsvertrag sei nur die Rechnung des „Erzeugers“ als Beleg gefordert worden. Solche Rechnungen sind in der Viehbranche unüblich. In ihrer Not wandten sich die Schlachtbetriebe an Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle. Ihre Forderung: Er solle mit dem Finanzminister verbindlich regeln, auf welchem Wege die DDR-Herkunft des Viehs belegt werden solle.

Von März 1992 bis zum 15. Januar 1993 brauchten die Bonner Beamten, um die geforderte Richtlinie zu meistern. Kernpunkt: Der Nachweis des Verkaufsweges, wichtig für die Korrektheit des Geschäfts, wurde den Fleischhändlern erleichtert.

Die hilfreiche Tat der Bonner Bürokraten führte bei dem ermittelnden Staatsanwalt Klaus-Jochen Weigand in Augsburg zu einer Überreaktion. Frustriert, weil er sich bei Ermittlungen gegen die Viehherren wieder einmal von der Obrigkeit behindert sah, stellte er das Verfahren ein.

Die Einstellung des Verfahrens erwies sich in der vergangenen Woche rasch als juristisch nicht zwingend. Der Münchner Generalstaatsanwalt ordnete die Wiederaufnahme der Ermittlungen an.

Schlachter, Viehhändler und Beamte befinden sich nach dem ganzen Wirbel weiterhin in Erklärungsnot. Die schlecht beleumundete Firma Moksel aber sieht in diesem Fall unerwartet gut aus.

Die Subventionen mögen zu Recht geflossen sein. Die Verteilung der Gewinne aber ist umstritten. Moksel steht im Verdacht, im Zusammenhang mit dem 800-Millionen-Mark-Subventionsgeschäft eine Treuhand-Firma zu Lasten des Steuerzahlers ausgeplündert zu haben.

Der Manager des Exportlizenzhalters ZeKo, Uwe Deichsler, übereignete die Exportlizenzen während des Subventionsverfahrens ohne Entgelt an Moksel. Die von Moksel geführte Arbeitsgemeinschaft machte mit dem Geschäft einen Gesamtgewinn von über 170 Millionen Mark. Zumindest ein wesentlicher Teil davon, so die Treuhand, stehe eigentlich ihrem Sanierungsfall zu, der ZeKo.

Als Grund für die großzügige Lizenzüberlassung führte ZeKo-Manager Deichsler, ehemals Vize-Landwirtschaftsminister der DDR, ins Feld, man habe das damals alles nicht richtig überblickt und auf einträgliche künftige Geschäftsbeziehungen zu Moksel gehofft.

Für Deichsler persönlich hat sich diese Hoffnung erfüllt. Er verdient heute sein Geld nicht mehr bei der ZeKo, sondern bei der Firma Zentral-Kontor, einer Moksel-Tochter, in Berlin.

Ost-West-Handel

Sylvia 651

Unter Protektion von Politikern machten zwei Fleischkonzerne Millionen. Erhebliche Summen sind verschwunden, Staatsanwälte ermitteln.

Die Vernehmung des Zeugen Manfred Wolf, „geboren am 20. Juli 1928 in Flöha/Sachsen“, begann ziemlich unspektakulär. „Ich bin“, erklärte er, „seit 1976 Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Nahrung gewesen“ – ein Apparatschik im höheren Dienst der alten DDR.



Fleischhändler Moksel
„Konto für fremde Rechnung“

Dann aber raffte sich Wolf auf, über Filetstücke des deutsch-deutschen Fleisch- und Viehhandels zu reden. Ihn störte, daß bei den milliardenschweren Exportgeschäften nur zwei westdeutsche Firmen, die Fleischkonzerne Marox und Moksel, zum Zuge kamen.

Da müsse doch, preschte Wolf bei Alexander Schalck-Golodkowski, dem Chef der DDR-Valutabehörde Kommerzielle Koordinierung (KoKo), vor, eine „Erweiterung der Handelspartner“ erörtert werden. Doch Schalck, sagte Wolf aus, habe sofort abgeblockt, seine Antwort: „Jede weitere Diskussion“ darüber sei „tödlich“.

Das Ost-West-Geschäft mit Bullen, Kälbern und Kühen spielte sich in alten Zeiten auf einem geschlossenen Markt

ab, jeder zusätzliche Bewerber hätte die Kreise empfindlich gestört. Riesige Geldbeträge wurden hin- und hergeschoben, Politiker wie Franz Josef Strauß oder Beamte boten – als läge Bayern im Mezzogiorno – Flankenschutz.

Aufmuckende Bauern, die sich um ihre Existenz sorgten, wurden über das wahre Ausmaß dieser Geschäfte glatt belogen, wie der Münchner Ex-Landwirtschaftsminister Simon Nüssel (CSU) zugab.

„Wer die besten Beziehungen hatte“, sagt ein Verbandsfunktionär, „der kam zum Zug“ – und das waren die christsoziale März-Familie aus Rosenheim mit ihrem Marox-Betrieb (siehe Kasten Seite 118) und der Allgäuer Alexander Moksel, 75, eingeschriebenes SPD-Mitglied.

Beide betrieben ursprünglich Familienunternehmen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden waren. Hier wie dort, erzählte Moksel-Vorstandler Rodo Schneider, 49, gab es „keine anonyme Masse von Aktionären, sondern eine starke Familie, die den gleichen Dialekt spricht wie wir“.

Moksel, dessen Eltern einst eine Großschlächterei in Ostpommern besaßen, hatte es 1946 als Flüchtling ins Allgäu verschlagen. Die Kleinstadt Buchloe sollte eigentlich nur Zwischenstation sein auf dem Weg nach Brasilien.

Doch Moksel, der als Jude fünf Jahre lang im NS-Konzentrationslager verbracht hatte, blieb. In den Kühlräumen einer alten Brauerei richtete er seinen ersten Schlachtbetrieb ein – und erkannte schon bald, daß mit den Kommunisten in der DDR gute, vor allem auch stille Geschäfte zu machen seien.

Der wichtigste Mann zu Beginn der Moksel-Karriere drüben war der gebürtige Österreicher Herbert Rübler, Jahrgang

1921, eine schillernde Figur im Ost-West-Handel. Rübler besaß nicht nur hervorragende Verbindungen zum DDR-Außenhandelsbetrieb Nahrung, er kannte auch Schalck bestens sowie den stellvertretenden Leiter des Spionageapparates Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), Hans Fruck.

Die Kontakte waren offenbar so gut, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) Interesse an Rübler fand. Von nun an lebte er nicht ungefährlich – der werde noch mal, zitierte der frühere BND-Agent Raoul Matalon einen Konfidenten aus dem ost-westlichen Dunstkreis, „mit einer Kugel im Kopf enden“. Rübler starb, unter nie restlos geklärten Umständen, 1988 im Badezimmer seines Ost-Berliner Hotels.

Ende der sechziger Jahre hatte „Herbert“, wie er in den Papieren des Ministeriums für Staatssicherheit hieß, mit Moksel einen Vertrag ausgehandelt, der ihm 0,5 Prozent des Firmenumsatzes mit der DDR als Provision garantierte. „Nach den sich entwickelnden Geschäften“, rechnete die Stasi aus, „müßte ‚Herbert‘ jährlich ca. 1/2 Million Provision erhalten.“

Während im Osten die Stasi aufs prosperierende Vieh- und Fleischgeschäft ein Auge warf, interessierte sich im Westen die Oberfinanzdirektion München für Moksel. Zweieinhalb Jahre lang, von Januar 1977 bis Juli 1979, durchforsteten Prüfer alle Geschäftsunterlagen. Das Ergebnis fixierten sie in einem „amtlich geheimgehaltenen“ Vermerk: Moksel habe in „zahlreichen Fällen schwerwiegende Zuwiderhandlungen“ gegen Bestimmungen im innerdeutschen Handel „und Wirtschaftsstraf-taten begangen“.

So stellte die Oberfinanzdirektion etwa fest, die Buchloer hätten ungenehmigt und daher illegal Provisionen für Ostgeschäfte in die Schweiz transferiert, ausgerechnet auf ein Konto der Firma Exportcontact. Dieses Unternehmen gehörte dem DDR-Händler Günther Forgber, der vor allem für die und im Auftrag der HVA schaffte.

Die Finanzbeamten zählten, bei einem Handelsvolumen von gut 160 Millionen Mark, insgesamt 179 Verstöße gegen innerdeutsche Vorschriften auf, 27 stufen sie als „schwer“ ein. Im August 1980 gaben sie die Akte der Staatsanwaltschaft Augsburg, die ein Ermittlungsverfahren einleitete.

Eine für April 1981 angesetzte Durchsuchung mußte um ein Jahr verschoben werden, weil der zuständige Staatsanwalt entweder überlastet, im Urlaub oder krank war. Längst hatte Moksel von der geplanten Razzia erfahren – er gab freiwillig Unterlagen heraus, der Staatsanwalt war's zufrieden.

Je länger die Ermittlungen liefen, desto kleiner wurden die Vorwürfe. Schließlich stellte Augsburg 1983 das Verfahren ein – „mangels genügenden Anlasses zur Anklageerhebung“, wie die Leitende Oberstaatsanwältin Wilma Resenscheck heute erklärt.

Zur „Ahndung etwaiger Ordnungswidrigkeiten“ (Resenscheck) gingen die Akten zurück an die Oberfinanzdirektion – auch die wurde nicht mehr tätig.

Während nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Düssel-



Ex-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski*
„Jede weitere Diskussion tödlich“

dorf solche Ordnungswidrigkeiten erst nach drei Jahren verjähren, machte das Bonner Finanzministerium, damals unter Leitung des Christdemokraten Gerhard Stoltenberg, eine andere Zeitrechnung auf. Im Januar 1984 teilte es in einem Runderlaß allen Oberfinanzdirektionen mit, die Verjährungsfrist betrage lediglich zwei Jahre – die „gegenteilige Auffassung“ der Düsseldorfer Richter sei, bitte schön, „nicht mehr zu vertreten“.

In Buchloe durfte sich Moksel freuen – Ermittlungen eingestellt, alles andere

durch Bonner Großzügigkeit verjährt.

Dennoch hat es Moksel nicht geschafft, sich auf ewige Zeiten die Fahnder vom Leib zu halten. Gegen ihn, seine Vorständler Schneider und Alfred Freibott sowie den Top-Zoni Schalck-Golodkowski ermittelt seit Frühjahr 1991 die Staatsanwaltschaft Berlin – Thema der Untersuchungen: „Geldtransaktionen an und über die Firmengruppe Moksel unter Einbindung des Bereichs Koko“.

Die Ermittler interessiert vor allem ein Konto bei der KoKo-Hausbank, der Deutschen Handelsbank (DHB). Es trug den Titel „Sylvia 651“, Moksel und Schneider hatten es 1976 eröffnet. Allein zwischen 1984 und 1987 wurden über dieses Konto mehr als 38

Millionen Mark in die Schweiz transferiert. „Herkunft und Verbleib“ dieser Gelder seien, so die Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht, bislang nicht bekannt.

Zwar ließ Moksel 1991 durch einen Steuerberater erklären, er habe das DHB-Konto und das Korrespondenzkonto 714 078 beim Schweizerischen Bankverein in Küßnacht „für fremde Rechnung“ geführt. Den Namen des Auftraggebers gab er jedoch nicht preis.

Redselig war der Fleischmagnat nie. Er habe vier Töchter und sieben Enkel-



Wiegen von Schlachtvieh (in Hamburg): „Die Not treibt uns enger zusammen“

* Vorletzte Woche vor dem Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags.

kinder und werde bald 75 Jahre alt – mehr sagte Alexander Moksel nicht, als er Anfang November letzten Jahres vor einem Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags stand, der die Schalck-Geschäfte und mögliche CSU-Verwicklungen aufhellen soll. Ansonsten beschied der Ausschuß-Zeuge Moksel die Abgeordneten, genau 35mal, stereotyp mit derselben Floskel: „Ich verweigere die Aussage.“

Auskünfte über seine Firma, die erst 1987 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde und zuvor mehr im verborgenen gedieh, überließ der Seniorchef meist seinem betrieblichen Ziehsohn Schneider. Beispielsweise als sich letztes Jahr überraschend eine Liaison

der Moksel AG mit ihrem Rivalen aus alten DDR-Tagen, der Rosenheimer März AG, anbahnte. „Die Not treibt uns künftig enger zusammen“, sagte Schneider – aber er meinte die Vergangenheit.

Im September 1992 übernahm die März-Gruppe zum Kaufpreis von rund 300 Millionen Mark ein Drittel des Aktienkapitals von den Allgäuern, die im Gegenzug von den Rosenheimern die Fleischfirma Marox erhielten. Die Gebrüder März (Umsatz 1992: rund zwei Milliarden Mark) erklärten inzwischen unumwunden, sie wollten die Mehrheit bei Moksel (Umsatz 1992: etwa vier Milliarden Mark) erwerben. Und aus Buchloe gaben Mitarbeiter zu verstehen, der



Fleischhändler März (1982)*
Beste Beziehungen

Seniorchef, dessen Töchter in fleischlosen Berufen arbeiten, wolle rechtzeitig sein Erbe regeln.

Da es sich aber bei den 33 Prozent, die März von Moksel erwarb, just um das Paket des Firmenchefs handelte, kam ein böser Verdacht auf: Moksel wolle „sich schnellstens von seinem Konzern abseilen“, argwöhnte der Abgeordnete Manfred Fleischer (Die Grünen) im bayerischen Schalck-Ausschuß.

Zehn Monate vor dem Verkauf seiner Anteile nämlich hatte Moksel erklärt, er wolle mit seinem Privatvermögen für eventuelle Konsequenzen haften, die sich aus Ermittlungen wegen unkorrekter Geschäfte mit der früheren DDR ergeben könnten.

Moksel ist längst und trotz allem Ehrenbürger von Buchloe, dessen Stadtrat er zeitweilig für die SPD angehörte. Schon jetzt tragen eine Straße und ein Sportstadion seinen Namen. Der Provinzfürst gilt als generöser Spender, der seine Gaben gleichmäßig auf die großen Parteien verteilt. Während die Partnerfirma März, deren Chef Josef März 1988 gestorben ist, den Rosenheimer Eishockeyverein sponsert, fördert Moksel, selber passionierter Herrenreiter, in Buchloe den Pferdesport.

Sein Stall gilt mittlerweile unter Springreitern als Deutschlands feinste Adresse, dem Konkurrenten Paul Schockemöhle im westfälischen Mühlen schon überlegen – Turnierfavoriten und Olympiasieger reiten für Moksel und Deutschland.

* Mit Rosenheimer Eishockeyspielern.

„Je Bulle 20 Kilo“

Wie der Fleischkonzern Marox einen DDR-Bürger schmierte

Der Prozeß gegen den DDR-Bürger Kurt H., damals 52, dauerte nur ein paar Stunden, und am Ende stand ein hartes Urteil: acht Jahre Haft.

Der Angeklagte, formulierte der 2. Strafsenat des DDR-Bezirksgerichts Karl-Marx-Stadt im Oktober 1987, sei „mehrfacher Verbrechen der Untreue zum Nachteil sozialistischen Eigentums in Tateinheit mit Betrug ... und mehrfacher Bestechung“ schuldig: Er hatte Bullen, die zum Export bestimmt waren, falsch ausgewogen und dafür Bares kassiert – mal 10, mal 50 Mark.

Die Tiere waren bei ihm 20 Kilo leichter, als die Waage zeigte. Insgesamt entstand der DDR, errechnete der Senat penibel, ein Schaden von 401 904,42 Mark.

Der Nutznießer saß im Westen – Fleischmulti Marox aus Rosenheim. Dessen Chef Josef März gehörte einerseits zum engsten Freundeskreis des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, andererseits zur Clique des DDR-Devisenbeschaffers und Stasi-Obristen Alexander Schalck-Golodkowski.

Seit dem 1. Januar 1981 galt zwischen Marox und dem DDR-Außenhandelsbetrieb Nahrung eine Vereinbarung, nach der es auf jeden Bullen fünf Prozent Rabatt gab. Dieser Abschlag für den Schwund beim Transport – Viecher nehmen während der Fahrt zum Zielort naturgemäß ab – ist branchenüblich.

Den Marox-Leuten war der Preisnachlaß offenbar nicht hoch genug. Ein Mitarbeiter der Firma, Metzger von Beruf und versierter Fachmann für Nutz- und Schlachtvieh, drängte

bei Kurt H. auf mehr – und der machte mit im Fleischkrimi. Als Chef der Export-Verladestelle in Rochlitz bei Chemnitz saß er an entscheidender Stelle.

Laut Urteil zog H. „bei der Verwägung der Tiere vom Realgewicht mindestens 20 Kilo je Bulle ab und druckte einen Wägespan mit diesem Mindergewicht aus“. Auf diese Weise schaffte er „eine falsche Berechnungsgrundlage zum Vorteil des BRD-Unternehmens“, so das Urteil.

Bis 1983 seien diese „Gewichtsm Manipulationen nur bei einem Teil der Tiere vorgenommen“ worden, ermittelte das Gericht. Von 1984 an wog dann jeder Bulle, der aus Rochlitz an die Firma Marox geliefert wurde, auf dem Papier fast einen halben Zentner weniger.

Bis zu seiner Festnahme im April 1987 kassierte Kurt H. mindestens 2280 Mark West Bestechungsgelder – eine Mini-Investition, die sich für die Rosenheimer mannigfach bezahlt machte. Der Stasi erklärte er, der März-Mann sei „mit der von ihm praktizierten Handlungsweise zufrieden“ gewesen. Er hätte sicherlich kein Geld bekommen, „wenn die Manipulationen bei der Firma Marox nicht deutlich bemerkt worden wären“.

Die Oberbayern wollten ihren Kumpel nicht im Stich lassen: Er sollte für knapp 95 000 Mark von der Bundesregierung aus dem DDR-Knast freigekauft werden. Die Hilfsaktion erledigte sich dann aber auf wunderbare Weise von selbst: Nach kurzer Haft fiel H. unter eine allgemeine Amnestie, die SED-Chef Erich Honecker zum 38. Jahrestag der Republik verkündete.